

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernaus Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbeamtheit beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postgeschäftsort: Dresden 1530
Große Straße Nr. 52

Nr. 64.

Dienstag, 17. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertags. Bezugspreis, gegen Vorauflistung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bote. Für den Fall des Eintritts von Produktionsunterbrechungen, Schließungen der Löhne und Materialentnahmen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Firma des Anzeigebuches um bis 9 Uhr vormittags auszugeben und "in-vacuo zu bezahlen"; eine Gewöhnung für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für das 1. zum ersten, 4. zum dritten Diensttag-Zeile 6 Silber. 25 Gold-Pfennige; die 8. am zweiten Abend 100 Gold-Pfennige; zehnmal 25 Pfennige und tabellarischer Tag 50% Aufschlag. Beste Tarife. Gewöhnliche Mahlzeit reicht, wenn der Beitrag verzögert, durch Städte eingezogen werden muss über der Auftragsgebiets 15 Minuten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wechseltägliche Unterhaltungsbeiträge entfallen an der Elbe! - Im Falle höherer Gewalt - z. B. Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Forderungsbehörden - hat der Verleger einen Anspruch auf Sicherung oder Nachleistung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationstrad und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Wellermann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Wittich, Riesa.

Die Völkerbundsnote.

Obd. Die Antwort des Völkerbundsrats auf das Memorandum der deutschen Regierung vom 12. Dezember 1924 wegen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist in einem Zeitpunkt ergangen, wo die auswärtigen Fragen besonders durch die politischen Ereignisse der letzten Wochen kompliziert sind, insbesondere durch die Unruhen im Deutschen Staaten über die wichtigen schwebenden Fragen des Sicherheitspaktes und der Räumungsfrage. Deutschland sieht die Frage seines Eintritts in den Völkerbund als eine Frage von allgemeiner ethischer Bedeutung an, als eine Frage der Zusammenarbeit der verschiedenen Nationen zum Wiederaufbau Europas überhaupt. Andererseits, besonders von Frankreich, wird diese Frage aber mit der Sicherheitsfrage und der Räumungsfrage belastet, Frankreich verweht uns den Eintritt in den Völkerbund, bevor nicht seine Bedingung der Lösung der Sicherheitsfrage erfüllt ist. Deutschland: Auflösung geht dagegen, wie bekannt, darin, dass diese Fragen, insbesondere die Räumungsfrage, lediglich davon abhängen, ob Deutschland, wie es behauptet, nach den militärischen Bestimmungen im Versailler Vertrag erfüllt hat. Frankreich wünscht für die Frage der Rheinlandzone eine Formulierung, die von Deutschland niemals anerkannt werden kann und gegen die auch Chamberlain und die schwedische Regierung protestieren haben; aber trotzdem kann nicht angenommen werden, dass Deutschland seine Einstellung zur Völkerbundfrage ändern würde. Abgesehen davon, wird man die Antwort des Völkerbundsrats immerhin als einen erheblichen Fortschritt ansieben können, insfern zum ersten Male die Erwähnungen Deutschlands in seinem Dezember-Memorandum jährlings geprüft werden und auch zum ersten Male klar der Wunsch des Völkerbundsrats selbst ausgedrückt wird, dass Deutschland in den Völkerbund eintreten möge. Kann somit der Geist, der aus der Note hervorgeht, anerkannt werden, so bleibt doch, wie üblich, in den einzelnen Ausführungen dieser Note manches noch rechtlich unklar und auf manche Punkte des deutschen Memorandums wird überhaupt nicht eingegangen. Das Reichskabinett hat zu der Antwortnote noch keine Stellung genommen, wird dies aber, wie angunehm ist, sehr bald tun und dann wird sich zeigen, ob bei ruhiger und sachlicher Prüfung die Note des Völkerbundsrats eine gute Grundlage für weitere Verhandlungen, die sicherlich erforderlich sein werden, bieten kann.

Ablehnung des Schiedsspruches durch die Eisenbahnergewerkschaften.

Obd. Berlin. In gemeinsamer Beratung haben die Eisenbahner-Tariforganisationen, und zwar die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, der Deutsche Eisenbahnerverband und der Allgemeine Eisenbahnerverband, den Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsminister ernannten Schiedsgerichts vom 12. März mit der Begründung abgelehnt, dass die Bahnzulage des Erfordernisses der Lebenshaltung nicht genügend Rücksicht trage und angestiegs der vom Personal verlangten Arbeitsleistung zu gering sei. Bedingungen über die bisher im Tarifverträge vorgelegten Zeiten hinaus könnten nicht anerkannt werden. In der Arbeitszeitfrage sei der Schiedsspruch unannehmbar, weil er nicht nur keine positive Verbesserung der Arbeitszeit enthalte, sondern auch entgegen dem bisherigen Rechtsstand eine unerträgliche Bindung bis zum 31. Oktober festige. Die Vorstände seien jedoch bereit, in neuen Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministers eine ertragbare Regelung zu suchen. Eine weitere Verbreiterung des Kampfes und jede Wiederannahme der Arbeit darf nicht auf Anweisung der Organisationsleitungen erfolgen.

Die Streitlage bei der Eisenbahn.

Berlin. (Bunkspruch) Zum Eisenbahnkreis meldet die B. 3. am Mittag, dass im ganzen gegenwärtig 10400 Arbeiter streiken, das sind 700 weniger als gestern. In Berlin fehren Arbeiter langsam an die Dienststellen zurück. Güter- und Personenzüge verkehren normal. In Dresden, Erfurt und Halle ist die Lage stationär. In Bremen hat sich die Zahl der Streikenden etwas vermehrt, dagegen ist in Hof ein starkes Absinken zu verzeichnen. Dort hat sich die Zahl der Streikenden auf 242 verringert.

Die Lage in Preußen.

Berlin, 17. März. Wie wir hören, hat sich Ministerpräsident Marx endgültig entschieden, am Mittwoch vor dem Landtag die Neuerungsdeklärung abzugeben. Mit Rücksicht darauf, dass Marx als Präsidentenwahlkandidat gezwungen sein wird, in der nächsten Woche eine Auseinandersetzung zu unternehmen, soll die Entscheidung in Preußen mit großer Beschränkung herbeigeführt werden. Schon jetzt steht fest, dass Marx den in der Opposition stehenden Parteien ein großzügiges Angebot zu gemeinsamer Zusammenarbeit machen wird, um wenigstens den letzten Versuch einer Klarstellung zu machen. Er hat den Deutschen Volkspartei übrigens angeboten, sich innerhalb in der Regierung durch einige ihre nahestehende Verbindlichkeiten vertreten zu lassen. Die Abstimmung über die Vertrauensfrage wird voraussichtlich am Freitag stattfinden.



August v. Wackerbarth †

gestern verstarb, wie bereits gemeldet, in Berlin der Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie und Biochemie in Dahlem, Professor an der Universität Berlin, August v. Wackerbarth im 50. Lebensjahr. Der ausgezeichnete Gelehrte gründete seinen Weltkurs als Vorsteher durch Veröffentlichung der nach ihm benannten Wackerbarth'schen Reaktion, nach der es mit Hilfe tierischen Serums möglich ist, das Vorhandensein Syphilis erregender Bazillen noch nach Jahren nach erfolgter Anwendung im menschlichen Blute festzustellen.

Der Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei.

Die Deutschnationale Volkspartei wendet sich mit dem folgenden Aufruf an ihre Freunde:

Deutschnationale Männer und Frauen!

Am 29. März soll das deutsche Volk auf sieben Jahre seinen Reichspräsidenten wählen. Es handelt sich um die wichtigste Entscheidung, vor der unser Volk bisher gestanden hat. Nur wenn der Sozialdemokratie und ihrem Anhang die Machtausübung des Reichspräsidenten entzogen wird, die sie als Urheber und Auslöser der Revolution sechs Jahre hindurch innegehabt hat, kann in Deutschland wieder eine fachliche, reine, eine wirklich deutsche Politik geführt werden, im Innern wie nach außen.

Dieses Ziel war nur durch eine Kandidatur zu erreichen, die alle nationalen Kreise des deutschen Volkes zusammenfasst und bis weit in die Zukunft hinein verbwend und einnehmend wirken kann. Darum haben wir uns mit allen Parteien, vaterländischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbänden, die unser Vaterland von der Vorfahrt bis zum Marxismus beflehen wollen, zusammengetan, um für die Präsidentenwahl eine konkurrenz starke und breite Grundlage zu schaffen. Darum haben wir, als in diesem nationalen Block eine große Mehrheit für den Botschafter a. D. Oberbürgermeister Dr. Jäger entschied, auch unerlässlich dieser Kandidatur unter Zurückstellung aller parteipolitischen Erwägungen gestimmt. Darum waren wir auch bereit, für ein Zusammengehen aller staatsbürglerlichen Parteien Opfer zu bringen. Dieser Plan ist an der Sichtung der Demokratie und des Zentrums gescheitert. Nunmehr ist Dr. Jäger der Kandidat des "Reichsbündes", der gegenüber den Parteien der Weimarer Koalition zugleich der große Rechtsblock ist.

Dr. Jäger ist ein deutscher Mann, unerschöpflich in Beruf und Leben, erfahren und fachkundig in den Geschäftesten des Staates, deutsch in treuem Gekultivier am christlichen Glauben, im Wesen und Werten getragen von sozialem Empfinden gegen jeden Volksgenossen, deutsch vor allem auch im starken nationalen Willen, alles einzusehen für das Vaterlandes Ehre und Freiheit.

Parteifreunde! Am 29. März sollen die Würfel, wer für

die nächsten sieben Jahre, für die Welt, in der sich die ganze Zukunft unseres deutschen Volkes entscheidet, die Geschichte unseres Vaterlandes an oberster Stelle leiten soll. Jeder, der den Wunsch hat, dass diese 7 Jahre den Wiederaufstieg unseres deutschen Volkes und Landes herbeiführen, wähle am 29. März den nationalen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl Oberbürgermeister Dr. Jäger.

Kandidatur Hindendorff?

Der Aufruf für die Kandidatur Jäger ist zwar von den völkischen Verbänden, aber nicht von den Führern der Nationalsozialisten oder der "Freiheitsbewegung" unterschrieben worden. Man könnte daher im Zweifel sein, ob aus diesen Kreisen doch noch eine Sonderkandidatur aufgestellt werden sollte, die freilich ohne die Verbände nur aus geringe Stimmenzahl rechnen könnte. Aus Wünken wird nun gemeldet, dass Herr Hitler sich gegen alle bisher genannten Präsidentenwahlkandidaten ausgesprochen habe und doch die Aufführung einer Kandidatur des Generals Hindendorff nicht unmöglich sei. Wir sehen dieser Nachricht recht skeptisch gegenüber, zumal nachdem Feldmarschall Hindenburg für die Kandidatur Jäger eingetreten ist. Es wäre doch sehr seltsam und würde viele Deutsche schmerlich bee-

wirken, wenn Hindenburg und Hindendorff jetzt so offenkundig verschiedene Wege marschieren sollten. Auch scheint uns für den General Hindendorff trotz allem, was er sich in der Politik schon geleistet hat, die Rolle eines Wahl- und Durchfallkandidaten nicht würdig zu sein. Die Anmeldetermine für die Präsidentenwahl läuft während am zehnten Tage vor der Wahl, also am 19. März ab. — Bedeutlich erscheint uns in diesen Wochen vor der Präsidentenwahl auch die schwache Opposition des Altdutschen Verbandes gegen die Vorschläge der Reichsregierung über einen Sicherheitsrat zu sein. Man mag angeben, dass es jedem Deutschen ungemein schwer fällt, dem Raum von Eltern-Vorlieben und von Euren-Waldmenschen vorläufig zu garantieren, und das ein Protest gegen die Größe des deutschen Orients wirklich hervorhebt. Aber eine so schwache Form des Protests bringt doch Verwirrung in die nationalen Reihen und schädigt die jetzt so nötige Einigkeit für die Sammelkandidatur Jäger. Auch der Altdutsche Verband sollte einsehen, dass Deutschland jetzt nur Realpolitik im strengsten Sinne machen kann und alle seine Kraft auf die Erreichung der Ziele im Lück konzentrieren muß.

Das polnische Grenz- und Sicherheitsproblem.

London. Der "Observer" führt in einem Leitartikel aus, jeder Rückblick auf die Geschichte der früheren Zeit bilde eine Warnung für die Augenheil des Verlorenen Vertrages, sich vor dem Glauben zu hüten, dass Gewalt das geeignete Mittel sei, ihn aufrechtzuhalten. Alles was am Vertrage gut und richtig sei, werde durch seine Fehler und Un gerechtigkeiten gefährdet. Die Befestigung dieser Fehler sei wesentlich für die Konsolidierung Osteuropas.

Der Rat, den man als Freund Polens diesem Lande erteilen müsse, sei der, dass es ein tödbringendes Geschenk erhalten habe in Gestalt von Grenzlinien, die es eigentlich sein, gerade in Augenblick der Wiedergeburt Polens die gemeinsame verhängnisvolle Gegnerchaft Deutschlands und Russlands wiederzubeleben.

Stein Freund könne Polen einen besseren Rat geben als den, der Deutschland nach 1871 wiederholt erteilt wurde, nämlich zu erwägen, ob die territoriale Regelung wirklich gut sei. — Der diplomatische Berichtsteller des "Observer" schreibt zur Zusammenkunft zwischen

Chamberlain und Jäger,

die entscheidende Frage sei, ob Frankreich zustimmen werde, dass ein Unterschluss zwischen den westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands gemacht werde. Ein Argument zu Gunsten des Verfahrens, das Chamberlain vermutlich vorbringen werde, falls er eine günstige Atmosphäre vorfinde, werde sein, dass

Polen auf die Dauer einen vorteilhaften Handel machen werde, wenn es Deutschland den Korridor und den jetzt Polen zugewiesenen Teil Oberschlesiens zurückzugeben würde.

Unter den jetzigen Verhältnissen lebe Polen auf einem Vulkan. Wenn es den Preis zahle, der allein einen Sicherheitspakt ermöglicht, dann werde Polen selbst Sicherheit haben und zweitens eingeladen werden, sich mit Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Belgien, Italien und der Tschecho-Slowakei am Pakte zu beteiligen. Dies feien offenbar die Rücklinien, die für Chamberlains Politik maßgebend sein würden.

Die ländlichen Geschäfte der Barmats.

Über die für die ländlichen Staatskasse so außerordentlich verlustreiche verlaufenden Lebensmittelgeschäfte der Barmat macht der Landtagsabgeordnete Börner, Leipzig, dem "Sächsischen Zeitungsdienst" folgende Mitteilungen: Wirtschaftsminister Schwarz war derjenige, der im Jahre 1920 der Firma Import-Maktschappi in Amsterdam (Amegima) große Lieferungen an Speck u. s. w. für die ländlichen Wirtschaft vermittelte hatte. Der Verkauf der Lieferungen erbracht einen großen Verlust. Im Haushaltplan für 1921 wurden hierfür 159 Millionen 840.000 Mark aufgefordert, wovon ein Verlust von 20.700.000 Mark auf den Verlust von Kokosöl, Tapioka und Reis entfallen, welches Lieferung von der Firma F. W. Frank in Kopenhagen herrührte. 18 Millionen kamen auf ein Konto der Einfuhrgesellschaften für Ost- und Westsachen, so dass der wirkliche Verlust der ländlichen Staates an den durch den Wirtschaftsminister getätigten Barmat-Geschäften 121 Millionen 140.000 Mark betrug.

In Wirklichkeit handelte es sich nur vier einzelne Geschäfte, die mit der Amegima zusammen gekommen sind. Die ersten beiden Verträge stammten vom 17. Februar und 28. April 1920 für Lieferung von je zweimal 1000 Tonnen Schmalz. Der gesamte Kaufpreis wurde von der Amegima bis 31. Dezember gegen eine Pauschalzahlung des ländlichen Staates im Gesamtbetrag von 63 Millionen Mark gegen eine Vergütung von 6%, Prozent jährlich gestundet. Der Verlust an diesen beiden Geschäften betrug 1.890.000 Mark. Am 15. September 1920 wurde das dritte Geschäft abgeschlossen. Durch dieses Geschäft wurden eingetauscht 500 Tonnen Speisefettala, 3500 Tonnen Schmalz und 1500 Tonnen Speck. An diesem dritten Geschäft bühte der ländliche Staat, da inzwischen der Preis bedeutend heruntergegangen war, 80.750.000 Mark ein. Am 6. November 1920 ist noch ein vierter Vertrag mit der Amegima auf Lieferung von 1.500 Tonnen Schmalz abgeschlossen worden, bei dessen Abzug ein Verlust von 38.500.000 Mark entstanden ist.



Die Köchin sagt:
Nur 1 Esslöffel Quieta auf
1 Liter kochendes Wasser,
und der feinste Kaffee ist fertig.
Trinke Quieta!

Vereinsnachrichten

Sängerkonzert. Morgen abend 8 Uhr Vorstandssitzung in „Stadt Weiß“. Siege Wacker im Allgemeinen Turnverein. Mittwoch abend Versammlung in der Narrenhöhle. **Aöd. Quise. Wd. (Jungbd.).** Mittwoch 8 Uhr Sächs. Hof wichtige Versammlung. Erstrebene aller unbedingt erforderlich. Neuereintretende willkommen. Neudeutscher Orden. Mittwoch 8, 9, 10, 11 Krongardnerverbindung Niesa. Donnerstag, 19. März, um 8 Uhr Monatsversammlung im Hof. Höpflner.

Der Verein „Heimatmuseum“

Niesa und Gröba, e. B. laden hierdurch zu seiner Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr in der „Elsterstraße“ stattfindenden **Jahreshauptversammlung** ein. Eintritt frei. Gäste sind willkommen. T. O.: Gehördtsbericht; Rassenbericht; Wahls: Mitteilungen. Vortrag des Herrn Oberlehrer Reuther; Heimatliche Frühlingsländer. Erster Bürgermeister Dr. Schneider, 1. Vorsit.

Deutsche Volkspartei

Ortsgruppe Riesa.

Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr Hotel Sächsischer Hof

Jahreshauptversammlung.

Tagesordnung in schriftl. Einsendung, u. a. Berichterstattung über den Reichsbund im Bezirk Niesa (Nationaler überparteilicher Wahlauftakt d. Reichspräsidenten-Wahl). Das Erfreuen aller Parteifreunde ist nationale Pflicht. — Neuanmeldungen sofortlich im „Sächs. Hof“ erbeten. Wahlzähler. Beachtlich steht entgegen der Vorsitz.

Geschliss. Bettfedern

Wund 6.50, 6.90, 7.50

Vestibularie Überlausiger Ware in Inlett, Bettwäsche, Handtüchern, Konfettiendewäsch. Brückentröden

Sehr billig: 1 Posten Taschenbücher mit taunigem Webteilen empfiehlt

Martha Schwartz.

Bez. Konsum- u. Sparverein Volkswohl e. G. m. b. H., Niesa.

Billige grüne Heringe.

Verteilung erfolgt Mittwoch und Donnerstag in den Verkaufsstellen Niesa-Gröba.

Parkett-Fußboden
Bester u. billigster Belag, ausgelegt auf alte, abgenutzte Dielen, liefert und verlegt Öbelner Parkettfabrik Julius Größler, Döbeln, Am Bahnhof. Telefon 275.

Urin-Untersuchungen.

Kommen Sie zu mir

zur Untersuchung

und bringen Sie auch eine Flasche Ihres Morgensorums mit und ich sage, was und wo es Ihnen fehlt und wie Sie durch Homöopathie, Naturheilkunde und Biochemie wieder gesund werden können.

Augendiagnose.

Sprechstunden jetzt am Donnerstag vorm. 8–12 und nachm. von 2–7 Uhr in Niesa a. E. Belfingstrasse 2 (Naht. zum Dampfbad) und dann alle 14 Tage Donnerstags, auch wenn es nicht in der Zeitung steht.

Paul Bohn, Heilkundiger.

Große Inkasso-Agentur

von großer Seuerver sicherungs-A. G. mit diversen Nebenbranchen an redegewandten und sautonsfähigen Herren für den Bezirk Niesa, Oldaz und Strelitz gegen höchste Provision oder seltene Beziehungen vergeden. Offerten unter 3 2000 an das Tagesblatt Niesa.

Kammerlichtspiele

Hauptstr. 1

Heute bis Donnerstag der gewalt. Sittefilm
Im Schatten der Vergangenheit
tief erregendes Eheiduktat in spannender Handlung von Anfang bis Ende.
Dazu ein tolles Lustspiel.
Anfang 7,8 Uhr. Rassekinoabend 9 Uhr.
Um gütigen Auftritt bittet die Direktion.

Das zur Auktionssonne des Kaufmanns Bruno Burghardt in Gröba gebörige Grundstück mit Lagerräumen sowie 5 Acker Land sollen durch den unterzeichneten Konturverwalter verkauft werden. Gesetz. Anfragen sind zu richten an Konturverwalter Walter Pfefferkorn, Gröbenhain i. S.

Auktion.

Sonnabend, 21. d. M., norm. 7,10 Uhr kommen im Grundstück Höhe Str. 24 mehrere gebrauchte Wagen, Entleiter, 1 Ladefläche, Alarmerät, 1 Feldschmiede und Schmiedehandwerkszeug, 2 starke Schuhwände, Ketten, Auheisen, Nutzhols, Lederzeug, 1 transportabler Küchenstaub mit Süßern, Gemüsetröge u. v. m. zur freiwilligen Versteigerung. Niesa, Möhrenstr. 11. P. Jähnrich verpflicht. Malt. und Tagator.

Drahtseile Handseile Bindfaden Dichtungsmaterial

für Industrie, Schiffahrt und Landwirtschaft empfiehlt billigst in nur eigenen Fabrikaten

Max Bergmann
Seilermeister.

Statt Karten.
Für die überaus zahlreiche Beweise berühlicher Teilnahme bei dem Heimgang unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Pauline verw. Bähr

lagen wir allen Freunden und Bekannten und allen denen, die ihr zur Seite gestanden haben, herzlichsten Dank.

Niesa, 18. März 1925.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die liebevolle Teilnahme beim Heimgang meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Schwägerin, Frau

Auguste Amalie Kranke

geb. Schurig

lagen wir hierdurch allen unsern herzlichsten Dank.

Rüdernitz, 14. März 1925.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nach kurzer schwerer Krankheit verschied gestern abend Frau

Friederike verw. Fährmeier Börner

Inhaberin des goldenen Ehrenkreuzes für treue Dienste

im 77. Lebensjahr. Während 52 Jahren war sie ununterbrochen bis zu ihrer letzten Krankheit auf höchstem Mittergute tätig.

Ihre Freude und Ausdauerlichkeit an meiner Familie waren vorbildlich. Ich verleihe in ihr eine treue und auermündliche Mitarbeiterin, der wir stets ein dankbares Gedanken bewahren werden.

Rittergut Promnitz, 17. März 1925.

Ernst Anton Rudolph.

Montag abend 7,8 Uhr entzündet launt und rubigt nach kurzem schweren Leiden unsere liebe gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Friederike verw. Börner

im Alter von 77 Jahren.

In diesem Web zeigen dies an die trauernden Hinterbliebenen.

Prognostik, 16. März 1925.

Beerdigung erfolgt Freitag nachmittag vom Trauerhaus aus.

nur in dieser Verpackung

wird die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ geliefert; achten Sie hierauf beim Einkauf! „Schwan im Blauband“ ist der vollendetste Butterersatz, und jeder, der einen Versuch damit gemacht hat, wird gewiss, niemals etwas Ähnliches gekostet zu haben.

Preis 50 Pf. das Halbfund in der bekannten Packung.



Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbig illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Echt Köstritzer Schwarzbier in Flaschen. **J. Ehrlert** von der Fürstlichen Brauerei Köstritz. Riesa. Fernruf 447.

Restaurant Bürgerhof.

Morgen Mittwoch Schweineschlachten. Ab 8 Uhr früh Weltmeisch, später frische Wurst, Gallerstüffeln und die üblichen Schlachterichte. Oswald Kötter u. Frau.

Achtung! Verlasse die Woche einen Posten prima

Hammelfleisch Wund 90 Pf.

Max Heyde Fleischermeister Gröba Laubhammer Str. 25.

Corned-Beef Wund-Dose 50 Pf. bei 3 Dosen 50 Pf. empfiehlt

Paul Piefer Wettinerstraße 29.

la Sauerkraut in 1/2 und 1/4 Tonnen Br.-Str. 6 M. empfiehlt Gust. Refert, Strebla.

Weißkalk sehr ergiebig, frisch eingetragen empfiehlt **H. Kern, Elbstr. 2** Telefon 337.

Leiden Sie an Blasen-, Horn- und Rierenbeschwerden, Asthma und Zwerkrankheit? Dann trinken Sie Apoth. Mac Bagners BOLDO-TEE. Dose Mf. 1,50.— R. b. Unter-Apotheke i. Gröba Med.-Drogerie i. Niesa.

Pianos Flügel

seit über 50 Jahren anerkannt als hervorragend tongebend – erstklassiges Fabrikat zu soliden Preisen Bequeme Teilzahlung

Pianofabrik H. Wolfgramm Dresden, Ringstr. 18 Viktoriabaum

Harmoniums

3 kurze Fragen:

1. Ist Ihnen bekannt, daß die sauerstoffhaltigen, sogenannten „selbstfälligen“ Waschmittel die Wäsche beim Kochen zerfressen?
2. Wissen Sie, daß Prof. Heermann, langjähriger früherer Leiter der Textilabteilung des Staatslaboratoriums festgestellt hat: 1 kg alk. Seuerstoffverdünner ca. 30 kg Wäscheflasche?
3. Dürfen wir Ihnen ein absolut unschädliches, sauerstofffreies Waschmittel empfehlen? Es macht Seifenzusätze vollständig überflüssig!

Goldperle Scheibenfelle



Chamberlains Verhandlungen mit Herricot.

Paris. Über die gestern nachmittag abgehaltene zweistündige Unterredung Herricot mit Chamberlain wird folgender amtlicher Bericht verbreitet: Chamberlain stellte nach seiner Rückkehr aus Genf dem französischen Ministerpräsidenten einen Besuch ab. Einer früheren Vereinbarung gemäß legten die beiden Minister im Verlaufe einer längeren Unterredung den Meinungsaustausch fort, den sie jüngst über die verschiedenen Probleme der auswärtigen Politik und besonders über das Problem der Sicherheit hatten, mit der Absicht, in vollkommenem Herzlichkeit für beide Länder annehmbare Lösungen zu suchen. Das Ergebnis dieser Unterredung war, daß die wesentlichen Punkte der gestellten Probleme genau festgelegt wurden. Die Verhandlungen hierüber werden auf diplomatischem Wege mit dem gleichen freundlichen Charakter in Verbindung mit den andern Alliierten fortgesetzt werden.

Paris. Nach Beendigung der Beratung erklärte Chamberlain dem französischen Ministerpräsidenten, er hoffe, daß die nächste Unterredung in London vor sich gehen werde. Herricot antwortete, er sei damit einverstanden. Zu den im Ministerium anwesenden französischen Journalisten äußerte Herricot, sein Eindruck sei ausgezeichnet. Er habe sich mit Chamberlain schon über gewisse wesentliche Fragen verständigt.

Erklärungen Chamberlains.

Paris. Staatssekretär Chamberlain am Abend die Vertreter der englischen und amerikanischen Kreise und erklärte über seine Unterredung mit Herricot, er habe mit ihm über die deutsche Auseinandersetzung hinsichtlich des Sicherheitspacts, die Frage der Entwicklung und über die Frage der Veröffentlichung des Berichts des Generals Walch gesprochen. Auf Anträge erklärte er, er sei sehr optimistisch in Bezug auf die Sicherheitsfrage. Man habe die deutschen Vorschläge ernstlich geprüft, und man werde durch den auf diplomatischem Wege fortzuführenden Meinungsaustausch festzustellen suchen, welcher Vorteil aus diesen Vorschlägen zu ziehen sei. Sowohllich der zu beratenden Grenzen mache die britische Regierung keine Ausnahme; jedoch gebe es gewisse Grenzen, an denen Sicherung England mehr interessiert sei als an andern. Neben die Veröffentlichung des Berichts des Generals Walch sei noch keine Entscheidung getroffen worden. Neben den amerikanischen Plan wegen der Einberufung einer Entmilitarierung konne er nichts sagen, da im Augenblick nichts von einer Einladung bekannt sei; er könne nur so viel erklären, daß er mit demjenigen Staatssekretär des Außenministeriums vor seiner Abreise aus London hierüber gesprochen habe.

Erklärungen Herricos.

Paris. (Funkspruch.) Nach dem "Ouvre" hat Herricot über den Verlauf der Konferenz mit Chamberlain ungefähr folgendes erklärt: Man brauche dem Protokoll von Genf keine Träne nachzuweinen. Die Frage ist auf September vertagt worden. Man darf nicht das Protokoll von Genf dem Garantiekartell entgegenstellen. Ich bin mit Chamberlain darin einig, daß Deutschland in den Völkerbund nach den allgemeinen Regeln eintreten soll. Ich sage persönlich hinzu, daß die Alliierten sich untereinander geeinigt haben müssen, ehe sie mit Deutschland über einen Garantiekartell verhandeln. Herricot weigerte sich, über die Räumung der östlichen Zone etwas zu erklären unter dem Vorwande, es handle sich um eine Frage, die die Volkskammerkonferenz augenblicklich behandeln werde. Als man ihn darauf nach der Einladung Gooldiges zu der beabsichtigten Konferenz über die Entwicklungsfraage fragte, erklärte er, ich bleibe der Dreifachigkeit treu: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Entwicklung. Die Entwicklung darf aber nicht an letzter Stelle stehen. Ich sage ich das Protokoll von Genf studiere, dessen Prüfung man auf September vertagt hat, um so mehr überzeugende ich mich, daß es die nötige Ergänzung des Status des Völkerbundes ist.

Weitere Ischlaezeuge in Leipzig.

Leipzig. In der gestrigen Ischlaezeitung wird Kriminaldirektor Palm vernommen, der über die Verhaftung von Meyer und Kuhls Auslagen macht. Der Zeuge ist auf die beiden erst durch Bemerkungen von Rauch ausmerksam geworden. Bei der Verhaftung habe Meyer seinen Revolver ziehen wollen. Meyer bestreitet das und behauptet, vom Zeugen bei der Verhaftung geschlagen worden zu sein. Palm entgegnet, daß er den Meyer überhaupt nicht angerichtet habe.

Während der Zeuge erklärt, die Verhaftung sei auf dem Fahrradweg erfolgt, behauptet Meyer, er sei, als er vom Bürgersteig aus das Automobil besteigen wollte, zurückgeworfen und gefesselt worden. Dann er habe er die Schläge ins Gesicht bekommen. Kuhls behauptet, der Zeuge habe sich auf dem Fahrradweg befunden, hätte also, da sich das Auto auf zwischen befand, die Verhaftung Meyers gar nicht genau beobachten können. Der Angeklagte erklärt weiter, er selbst habe bereits im Auto gekämpft. Im Polizeipräsidium sei er stets anständig behandelt worden, nur nicht von dem Zeugen Palm. Im weiteren Verlauf der Vernehmung gibt der Zeuge bei der Erörterung der Beziehungen Rauchs zur Polizei zu, daß Rauch tatsächlich Mitteilung von der Postdammer Waffenlieferung gemacht habe.

Es werden daranhin noch einige Zeugen vernommen, die aber nur unviele Auslagen machen. Die Verteidiger nehmen darauf den Zeugen Koppenhöfer in ein Kreuzverhör, ob er sich mit anderen Zeugen über den Prozeß unterhalten habe. Koppenhöfer erklärt, sich auf nichts beurteilen zu können, worauf Rechtsanwalt Dr. Löwenthal ihm den Vorwurf der leichtfertigen Eidesverleugnung macht. Es kommt hierzu zu erregten Auseinandersetzungen.

Der Zeuge Wörtner Himmel, zurzeit in Untersuchungshaft wegen Sprengstoffdiebstahls in der badischen Sothe-Balle und Genossen, befindet, er habe der Ortsgruppe Baden-Baden der KPD angehört. Vorsteher sei der Geistliche Balle gewesen, Kampfleiter der sächsische Genossen Hartmann, später er selbst. Der Sprengstoff sollte zur Auflösung von Handgranaten dienen. Den Auftrag zum Diebstahl habe Hartmann errieth mit den Worten: "Doch mit jedem Rund hört, wie haben eine Ischla."

Borschendorf: Mitte November 1923 soll Hartmann Ihnen die Führung der Ischlae übertragen haben. — Zeuge Himmel: Das ist richtig, aber spezielle Aufträge habe ich nicht erhalten. Ich sollte noch weitere Genossen heranziehen. Nach meiner Ansicht sollten Vertreter der Spiegel erbrochen werden, damit sie künftig das Maul hielten. — Der Zeuge befand weiter, daß in Baden-Baden ein

zweites Attentat gegen den General u. Seestadt geplant worden sei. In Verbindung mit diesem Plan wird ein auswärtiger Genosse namens Krödthot genannt, der einmal soviel die badische Arbeiterschaft werde es ihm auf-

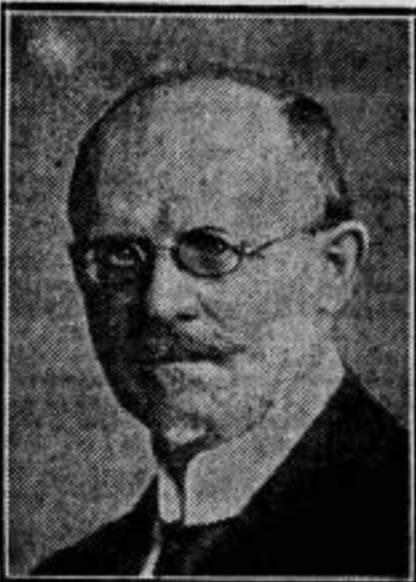
Ehre antreihen können, wenn in Baden-Baden der General u. Seestadt erledigt werde.

Auf weitere Fragen des Rechtsanwalts Dr. Wolff erklärte der Zeuge, er habe das Amt des Kampfleiters angenommen, weil sein Flümmere zu finden gewesen sei. (Körperlich.) Er habe das Betreiben gehabt, flümmere mit Wasser auf alle Fälle zu verhindern.

Der erste Zeuge in der Nachmittagsitzung, der Haushälter Emil Hubbe, der sich jetzt wegen der erwähnten Beamter tätig war, sagt aus: Die Industriellen erklärten in Konferenzen auf unsere Drage, daß die Entsendung von Arbeitern an die Front die Munitionserzeugung nicht schädigen würde. Daraus wurde beschlossen, im Falle eines Streits zehn Prozent der Streitenden ins Feld zu schicken und anderer zur Militarisierung gewisser Betriebe überzugehen. Wir nahmen nicht an, daß die Mehrheitssozialisten sich an dem Streit beteiligen würden. Am 31. Januar wurde ich von der Polizei aufgefordert mit der Meldung, daß Dittmann verhaftet sei. Ich erklärte sofort, daß es sich nur um Landesverteidigung handeln könnte. Ich habe nachher besagt, daß der Abgeordnete Scheidemann, der sich nach den Berichten mehrerer Beamten an einem Demonstrationszug der Streitenden beteiligt hatte, nicht eingezogen wurde. Am 1. Februar wurde ich dann ebenso wie den Abgeordneten Dittmann vor das Kriegsgericht stellen lassen. Wir machten keinen Unterschied zwischen rechtsstehenden Abgeordneten und den Sozialisten, wenn es sich um die Beteiligung an verbrecherischen Streits handelte.

Der Streit in hauptsächlich deswegen beendet worden, weil die Gewerkschaften es ablehnten, Streitfelder zu schaffen, da es sich um einen politischen Prozeß handelte. — Wölfel: Sie haben in erster Instanz mitgewirkt, daß der Versuch gemacht worden sei, den damaligen Abgeordneten Ebert einzuziehen. — Zeuge: Jawohl; daß Ebert eingesogen werden sollte, kam mir gar nicht. Von einem politischen Prozeß habe ich nie gesprochen.

Hierauf wird die Verhandlung auf Dienstag 9 Uhr vertagt.



Der Kandidat der bayerischen Volkspartei:
Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held.

Zweiter Rothardt-Prozeß in Magdeburg.

Beim Beginn der Montagsverhandlung rückt der Vorsteher an den Angeklagten Rothardt die Frage: Was haben Sie in ersten Instanz erklärt darüber, was Sie für Material beibringen wollen, zum Beweis für Ihren Vorwurf des Landesverrats? Der Angeklagte Rothardt erhebt sich und blickt hilflos auf seine Verteidiger. Nach einigen Minuten des Schweigens sagt er: Die Beweise, die im Urteil angegeben sind. Verteidiger: Also die 4 Punkte. Im Protokoll der ersten Instanz wird nur Bezug genommen auf den Verteidigungsschriftzug aus den Alten Gaufer. Wissen Sie, was in diesem Schriftzug steht? Angeklagter: Nein, das weiß ich nicht auswendig. Verteidiger: Haben Sie es gewußt, als Sie den Artikel schrieben? Angeklagter: Nein, das weiß ich nicht auswendig. Verteidiger: Haben Sie es gewußt, als Sie den Artikel schrieben? Angeklagter: Da habe ich es wohl gewußt. Der Vorsteher verliest hierauf aus den Alten Gaufern den Schriftzug der Verteidigung, worin Belege dafür angeboten wird, daß Abg. Ebert den Januarstreit gefordert und durch verschiedene andere Handlungen und Reden die Landesverteidigung beinträchtigt habe.

Als erster Zeuge wird der Vorsteher der Sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Otto Wels, vernommen, welcher sich zuerst über die Stellung der "Vorwärts"-Redakteure äußert. Bei einem verlesenen Artikel aus der "Vorwärts" vom Juli 1916, in dem gegen die Generalstreikpartei Stellung genommen wird, äußert Wels, der damals auch Redakteur der "Vorwärts" war, dieser Artikel gebe die Auffassung der ganzen Partei und insbesondere die Eberts wieder. Zeuge Wels erklärt weiter, der Verteidigungsinstanz habe von Anfang bis Ende des Krieges den Standpunkt eingenommen, daß die Streitpropaganda während des Krieges bekämpft werden müsse. Die Differenzen, die in der Partei wegen der Stellungnahme zur Frage der Kriegskreditfrage ausgetragen seien, hätten ja zur Spaltung der Partei geführt, deren lebhaftige die Bildung der USPD gewesen. In Bezug auf die Zugabeung von Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu der Streitleitung schließt sich Wels der Aussage des Zeugen Brokat an.

Im weiteren Verlauf einer Vernehmung verweist Wels auf die auf dem ersten Internationalen Sozialistenkongress in Bern im Jahre 1919 von französischer Seite beantragte Abschaffung und Brandmarkung Eberts und anderer deutscher Sozialisten, weil sie von Anfang bis Ende des Krieges mit der kaiserlichen Regierung durch dick und dünn gegangen wären. Wels erklärt weiter: Die Partei hat sich dem Januarstreit gegenüber ablehnend verhalten, nicht nur wegen der politischen Forderungen, sie ist auch entschieden dagegen gewesen, wirtschaftliche Forderungen durch einen Streik zu erkämpfen. Auch der Friedensschluß mit Russland hat die Haltung der Partei keinen Einfluß gehabt, da wir wußten, daß die Konservativen Regierung mit der Entente einen Geheimvertrag abgeschlossen hatte, und das diejenigen, die diesen Geheimvertrag abgeschlossen hatten, die Schuld daran tragen, daß auch nach dem Auscheiden Rußlands Deutschland weiter um sein Leben und seine Existenz kämpfen mußte. Bei dieser Gelegenheit, so fährt Wels fort, möchte ich ausdrücklich betonen, daß wir niemals die Alleinherrschaft Deutschlands am Kriege anerkennen werden. Neben die Stellung Eberts zur Landesverteidigung sagte Wels: Der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung des Prinzengau hatte eine eingeübte Diskussion im Parteivorstand hervorgerufen. Als ich in einer persönlichen Unterredung mit Ebert zu ihm sagte: "Willst du unsere Partei jetzt in die Kontumazie der Hohenzollern werfen?" antwortete er mir: "Es geht jetzt nicht um unsere Partei oder um die Hohenzollern, sondern um unser Vater und unser Volk. Wenn wir mit unserer Partei das Werk verstören können, an dem das deutsche Schiff zugrunde geht, dann hat unsere Partei ihren Zweck erfüllt, wenn sie sonst nichts erfüllt hat."

Zeuge Regierungsrat Henninger

vernommen. Der Zeuge, der in der fraglichen Zeit bei dem Oberkommando in den Märken als befehlsbereiter politischer Beamter tätig war, sagt aus: Die Industriellen erklärten in Konferenzen auf unsere Drage, daß die Entsendung von Arbeitern an die Front die Munitionserzeugung nicht schädigen würde. Daraus wurde beschlossen, im Falle eines Streits zehn Prozent der Streitenden ins Feld zu schicken und anderer zur Militarisierung gewisser Betriebe überzugehen. Wir nahmen nicht an, daß die Mehrheitssozialisten sich an dem Streit beteiligen würden. Am 31. Januar wurde ich von der Polizei aufgefordert mit der Meldung, daß Dittmann verhaftet sei. Ich habe nachher besagt, daß der Abgeordnete Scheidemann, der sich nach den Berichten mehrerer Beamten an einem Demonstrationszug der Streitenden beteiligt hatte, nicht eingezogen wurde. Am 1. Februar wurde ich dann ebenso wie den Abgeordneten Dittmann vor das Kriegsgericht gestellt. Wir nahmen nicht an, daß die Mehrheitssozialisten sich an dem Streit beteiligen würden. Ich habe nachher besagt, daß der Abgeordnete Scheidemann, der sich nach den Berichten mehrerer Beamten an einem Demonstrationszug der Streitenden beteiligt hatte, nicht eingezogen wurde. Am 1. Februar wurde ich dann ebenso wie den Abgeordneten Dittmann vor das Kriegsgericht gestellt. Ich habe nachher besagt, daß der Abgeordnete Scheidemann, der sich nach den Berichten mehrerer Beamten an einem Demonstrationszug der Streitenden beteiligt hatte, nicht eingezogen wurde. Am 1. Februar wurde ich dann ebenso wie den Abgeordneten Dittmann vor das Kriegsgericht gestellt. Ich habe nachher besagt, daß der Abgeordnete Scheidemann, der sich nach den Berichten mehrerer Beamten an einem Demonstrationszug der Streitenden beteiligt hatte, nicht eingezogen wurde. Am 1. Februar wurde ich dann ebenso wie den Abgeordneten Dittmann vor das Kriegsgericht gestellt. Ich habe nachher besagt, daß der Abgeordnete Scheidemann, der sich nach den Berichten mehrerer Beamten an einem Demonstrationszug der Streitenden beteiligt hatte, nicht eingezogen wurde.

In der Nachmittagsitzung erklärt der frühere preußische Ministerpräsident Otto Braun

als Zeuge, er habe zunächst den Eintritt in die Streitleitung abgelehnt, habe aber schließlich dem Drängen der in den Streit hineingezogenen Parteimitglieder nachgegeben, die ein schnelles Ende des Streits davon erwarteten. — Generalstaatsanwalt Stoerz: Wozu denn die radikal-spartanischen Kreise in der Streitleitung die Garantie, daß selbst die Aussage eines Streitabfalls nach drei Tagen eingehalten worden wäre. — Zeuge Braun: Nein, die Garantie war bei den spartanischen Kreisen nicht gegeben. Wir wollten aber durch unseren Eintritt auch Ausichtsrechte verhindern.

Zeuge Abg. Heisebois bekundet: Ich war damals parlamentarischer Berater beim Staatssekretär v. Stein im Kriegsministerium und hatte auch im Reichsamt des Innern mit Staatssekretär Wallraf zu tun. Ich habe Wallraf gesagt: Lassen Sie die Leute nicht wegziehen! Wallraf meinte aber, er würde sich etwas verabreden, wenn er mit den Leuten verhandele. Daraus traten die Staatssekretäre zu einer besonderen Beratung zusammen. Nachdem ich dann mit Scheidemann gesprochen hatte, ging ich wieder zu Wallraf und sprach mit ihm.

Der sozialdemokratische Vorsitzendeabgeordnete Arthur Nichter, der den Streit als Arbeiter bei einer Berliner Firma mitgemacht hat, und bei der Deputation der Arbeiter war, die den Parteivorstand der SPD zum Eintritt in die Streitleitung aufzufordern wollte, schildert die vorstehenden Verhandlungen in ähnlicher Weise, wie die Zeugen Nichter und Brokat. Der Zeuge besteht auf Bezug auf das Ebert nicht die Zustimmung zu einem Streit für wirtschaftliche Forderungen gegeben, sondern ich nur bereit erklärt habe, mit der Regierung über solche Forderungen zu verhandeln.

Am weiteren Verlauf der Verhandlung kommt es zu extreiem Auseinandersetzungen zwischen den Zeugen Dr. Henninger und Wels.

Hierauf wird der Redakteur der Nationalsozialist Emil Koch vernommen, der bis Mitte 1919 Sozialdemokrat und bei der NSDAP verbandet war. Nach den Aussagen dieses Zeugen hat u. a. Cohen erklärt, es sei nichtzureichend, das der Streit durch den Eintritt der Sozialdemokraten in die Streitleitung eingedammt worden sei; die Zahl der Streitenden habe sich vielmehr dadurch von 60.000 auf 200.000 vergrößert. In seiner langen Streiterfahrung ist dem Zeugen kein einziger Streit bekannt geworden, in dem sich die Spione einer Partei an die Spitze der Streitbewegung stellten mit der Absicht, den Streit abzuwenden. —

Um 8 Uhr abends wurde die Verhandlung abgebrochen, um am Dienstag 9. Uhr wieder aufgenommen zu werden.

Die Deutsche Volkspartei und Frau von Schleim.

Berlin. Zu der Stellungnahme von Frau Katharina von Schleim über ihre Auseinandersetzung mit der Tenisschule Volkspartei wird der Telegraphen-Union von der Parteileitung folgendes mitgeteilt:

Dem Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, der am 12. März 1925 zusammengetreten ist, lag ein Brief des Verteidiger vor: Der Eintritt der Partei in die Streitleitung ist von 11. März 1925 datierter und ausführlich begründeter Antrag des Wahlkreisverbands Berlin auf Ausdruck der Frau von Schleim aus der Partei vor. gleichzeitig wurde der Eintritt durch den Eintritt der Sozialdemokraten belächelt genehmigt, der ebenfalls den Ausdruck der Frau von Schleim aus der Partei fordert. Der Ausdruck summirt beiden Anträgen einstimmig an und erlaubte den Parteivorstand als die für den Ausschluß zuständige Instanz, die Angelegenheit unverzüglich im Sinne des Antragssteller zu erledigen. Die Reichsgeheimstelle wurde weiter beauftragt, Frau von Schleim vor den gegen sie vorliegenden Anträgen in Kenntnis zu setzen. Daraus besteht nach dem Brief der Reichsgeheimstelle vom 11. März 1925. Am gleichen Tage hat dann Frau von Schleim den Parteivorsitzenden durch Einschreibebrief mitgeteilt, daß sie ihren Antrag aus der Partei auszuscheiden wünsche. Dieser Brief ist am Sonnabend, den 14. März 1925 vormittags zwischen 11—12 Uhr zur Post gegeben und am gleichen Tag nachmittags 6 Uhr beim Parteivorstand eingetroffen. Wenn Frau von Schleim von einer angeblichen Verfehlung spricht, so sei auf die obenerwähnten Tatsachen hingewiesen. Was Frau von Schleim über die Sitzung des Reichsausschusses mittelt, widerspricht ebenfalls im wesentlichen den Tatsachen. Frau von Schleim hat der Sitzung nicht bewohnt und so ist vielleicht ihre Auffassung zu erklären. In der Sitzung des Reichsausschusses ist nach eingehender Debatte der der Deutschen Volkspartei entsprechende Antrag an den Kandidaten Hartmann festzuhalten, in festgestellter Abstimmung mit allen Stimmen bei drei Stimmabstimmungen angenommen und die sofortige Veröffentlichung dieses Beschlusses veranlaßt worden. Daraus allein geht hervor, wie völlig irreführend die Behauptung der Frau von Schleim ist, daß sie die Mehrzahl der Anwesenden für die Kandidatur Heißler ausgesprochen hätten, zumal die Veröffentlichung erfolgte, nachdem Herr Dr. Scholz im Auftrage der Reichsjustiz einen Antrag von dem für die Information des Reichsausschusses verantwortlichen Geschäftsführer genehmigt hatte. Für die Entscheidung des Reichsausschusses ist neben anderen Gründen ausschlaggebend gewesen, daß, nach den in der Sitzung des Reichsausschusses erfolgenden Mitteilungen von durchaus unterschiedlicher Seite eine Sammelkandidatur Dr. Heißler aufgestellt worden wäre, da für diesen Fall von zwei verschiedenen Seiten Gegenkandidaturen sofort angekündigt worden waren, die zu einer vollen Jägerstafette umringt das Bürgerium geführt hätten.

